

APO PRESS

INFORMATIONSBLETT DER STUDENTEN SCHÜLER UND ARBEITER IN HAMBURG

HERAUSGEBER: SDS * HAMBURG VERANTWORTLICH: KOMMUNE ANNENSTRASSE VERLAG UND REDAKTION
HAMBURG 4 ANNENSTR. 32 Tel. 31 28 65
ERSCHEINT ALLE VIERZEHN TAGE MONTAGS, ABBONNEMENT BEI ZUSTELLUNG PER POST HALBJÄHRLICH
DM 8.- IM VORAUSS ZU ZAHLEN AUF DAS POSTSCHECKKONTO Hbg. M. Deter 22 9332

MONTAG, DEN 27. 10. 69

Nr. 19

EINZELPREIS: DM 0.50

AUS DEM INHALT: Seite 5, Zur ASIA-Publikation über die Hamburger Universität
Seite 6, Erklärungen des Arbeitskreises Justiz im RCH sowie des R.C. zur Aufgabe seiner Räume
Seite 7, Justiz-Termine, Spartakus-Auseinandersetzung
Seite 8, Zur Diskussion um den VDS

ERGEBNISSE DER DISKUSSIONEN ZUR HOCHSCHULPOLITIK IN DER BASISGRUPPENVOLLVERSAMMLUNG UND IM ASIA-KOLLEKTIV PAPIER I INHALTLICHE UND ORGANISATORISCHE AUFGABEN DER BASISGRUPPEN IM WINTERSEMESTER 69/70

Langfristiges Ziel der Hochschulpolitik ist es, bei der Masse der Studenten ein antikapitalistisches Bewußtsein zu entwickeln und die Studenten direkt oder über die Berufsaraxis so zu organisieren, daß sie ihre wissenschaftlichen Ressourcen in den Dienst der Politisierung und Organisation derjenigen Abteilungen der Arbeiterklasse stellen, die wegen ihrer gesellschaftlichen Schlüsselpositionen - vor allem in der Produktion (Planende, technische und Arbeiterberufe) und im Bereich der Erziehung und Bildung (Sozialisationsberufe) - für revolutionäre Veränderungen besondere strategische Bedeutung haben.

SCHRITTE FÜR DIESES ZIEL SIND:

1. Primärmobilisierung
Über die Primärmobilisierung soll eine erste Politisierung der Erst(Zweit-Dritt-) Semester erreicht werden.
Ansätze für eine Primärmobilisierung der Erstsemester sind ihre Interessen am Arbeitsplatz, Desorientierung über Studien- und Berufsplanung, eklektischer Studienaufbau, Anhäufung methodischer Kurse im Grundstudium und autoritäre Lernsituation sind Frustrationsquellen, die über eine systematische Studienberatung, Unfunktionalisierung von Lehrveranstaltungen und Organisation eines kollektiven Grundstudiums können eine Primärmobilisierung bewirken.
Es wäre falsch, Agitationsmodelle zu benutzen, die das fortgeschrittene politische Bewußtsein der arbeitenden Genossen voraussetzen, d.h. Anfangsemester schon gleich für die Projektarbeit (Bereich Schule, Bereich Produktion) agitieren zu wollen.

Ausschüsse für Erstsemesteragitatorik
Um eine möglichst einheitliche und organisierte Erstsemester-Agitation zu gewährleisten, müssen an möglichst vielen Instituten Ausschüsse (bzw. müssen endlich die linken Einzel-Studenten als verbindliche Gruppen zusammengefaßt) zur Organisation des Grundstudiums eingesetzt werden. Neben der organisierenden Funktion, haben die Ausschüsse eine eminent politische, denn die Organisation des Grundstudiums darf nicht auf eine Erleichterung des Grundstudiums im Sinne der Erweiterung der Privilegien einer ohnehin schon privilegierten bürgerlichen Gruppe, oder der Direktivierung des Grundstudiums im Sinne der technokratischen Hochschule reform- underechts hinauslaufen. Es geht darum, über die Erstsemesterarbeit bei den Studenten eine kritische Distanz zum ordentlichen Lehrbetrieb zu schaffen, sie als Sympathisanten für die politisch agierenden Ausschußmitglieder zu gewinnen. Die Rationalisierung des Grundstudiums (gleiches gilt für das Hauptstudium) soll Arbeitskraft freisetzen für die politische Arbeit. Den Ausschüssen zur Organisation und Politisierung des Grundstudiums stehen folgende Mittel zur Verfügung:

- Erste Orientierung der Erstsemester
Zur ersten Orientierung der Erstsemester - Erstsemesterpapiere, kontinuierliche Erstsemesterberatung zu Semesterbeginn, Erstsemesterversammlung.

- Studiengruppen
Im zweiten Schritt müssen die Ausschüsse in den Vorlesungen und Übungen des Grundstudiums Kollektive einrichten, über die, die zu erbringenden Leistungen zu kollektivieren sind (Referate, Klausuren). Diese Arbeit muß durch direkte Studienhilfe unterstützt werden:
o Skripte, die den obligatorischen Lernstoff knapp zusammenfassen,
o Mentorengruppen müssen für eine Rationalisierung des Grundstudiums und Vorbereitung erster Konfliktstrategien funktionalisiert werden,
o Klausuren und Prüfungen werden durch kollektive Vorbereitung unterstützt, bzw. verhindert (Katalogisierung bisheriger Prüfungsfragen, standardisierte Spitzzeitel, Informationen über Prüfungsgewohnheiten der Ordinarien und A., Kollektivierung der Prüfung selbst und Sprengung der Prüfungen).

Diese institutionellen Ansätze führen meist sofort zu einem politischen Konflikt; er ist leicht zu führen, da die systemimmanente Kritik an der autoritären und individuellen Lernsituation als legitim erkannt ist und an einigen Seminaren die Kollektivierung offiziell schon praktiziert wird.

An diesen Seminaren (bzw. Kursen) muß die Politisierung durch inhaltliche Auseinandersetzung geleistet werden, d.h. mittels Ideologiekritik (Problematik der Lehrinhalte, der Wissenschaftsverwertung) und der Forderung nach inhaltlicher Seminargestaltung durch die Studenten. Für viele Studiengänge ist eine Rationalisierung und inhaltliche Kritik der Kurse im Grundstudium erschwert, da sie durch Anhäufung praxisferner Methodenlehren gekennzeichnet sind. Hier ist die Forderung nach Streckung praxisorientierter Kurse bis ins Hauptstudium zu erheben und durchzusetzen.

- Institutspolitik

Alle diese Konflikte dürfen nicht isoliert kursbezogen ausgenutzt werden, sie müssen einerseits mit anderen Erstsemesterkampagnen (überhaupt mit allen hochschul- und allgemeinpolitischen Kampagnen) koordiniert werden und andererseits mit der gesamten Institutspolitik vermittelt werden. (siehe zur Frage der Institut- und Fachbereichsräte das Papier II)

2. Organisation der politischen Arbeit

Man darf davon ausgehen, daß die Primärmobilisierung bei den erreichten Studenten in der zweiten Phase unterschiedliche politische Interessen verstärkt. Dieses äußert sich im Bedürfnis nach theoretischer Fundierung, im Interesse an einer politischen Arbeit im späteren Berufsgebiet und im Bedürfnis schon während des Studiums Verbindungen zu den Institutionen der Basis (Berufe) und des Überbaus (Schulen) aufzunehmen, um dort aktiv einzugreifen.

Schulungsgruppen und Projektgruppen

Dem Bedürfnis nach theoretischer Fundierung ihres politischen Engagements entsprechen die Schulungskurse und Projektgruppen. Die Schulungskurse vermitteln die Kenntnis und die kritische Auseinandersetzung mit

der marxistischen Tradition (polit. Ökonomie, Politik, Ideologie) und der Geschichte des internationalen Klassenkampfes.

Die Projektgruppen liefern arbeitsteilig konkrete Analysen verschiedener Sektoren des kapitalistischen Systems, die für die revolutionäre Arbeit außerhalb der Hochschule wichtig sind, bzw. Grundlage für strategische Konzepte sind.

Schulungskurse und Projektgruppen bilden prinzipiell eine Einheit, doch wird die Arbeit in den Gruppen von einer gewissen Zweigleisigkeit bestimmt werden in der nächsten Zeit, da es ein praxisorientiertes Schulungsprogramm augenblicklich nicht gibt. Erst im Verlauf der Aufarbeitung der marxistischen Tradition (Schulung) und der immer konkreteren und umfassenderen Analysen (Projektgruppenarbeit) wird die Zweigleisigkeit überwunden.

Lehrplankampagne

Die institutpolitische Aufgabe der Projektgruppen besteht nun darin, die oben aufgezeigte inhaltliche Arbeit (Schulung und praxisbezogene Analyse) in den offiziellen Lehrbetrieb zu integrieren. Z.B. geht die Germanisten-Projektgruppe "Technokratische Schulreform" ins Pl-Seminar "Die Schule in der Industriegesellschaft", um dort ihre Arbeit fortzusetzen und zugleich zu propagieren. Soweit dieses zu institutionellen Auseinandersetzungen führt/Scheinanzug für unfunktionale Seminare, Verweigerung der Aufnahme studentischer Projekte ins Lehr- und Forschungsprogramm, sind sie mit härtesten Agitations- und Aktionskampagnen zu führen.

Projektgruppenbereiche

Die Projektgruppen müssen sich nach Praxisfeldern zu Projektbereichen zusammenschließen; so der Projektbereich Schule, der alle Projektgruppen die sich mit Sozialisationsproblemen befassen, zusammenschließt; der Projektbereich Produktion umfaßt alle Gruppen, die Betriebs- und Lehrlingsarbeit machen; Projektbereich Medizin usw. . .

Die Projektgruppen müssen in ihren jeweiligen Bereichen Verbindung zu den entsprechenden sozialen Gruppen dieser Praxisbereiche aufnehmen und organisatorisch fixieren.

Den Projektgruppen obliegt es, die politische Aktivität der antikapitalistischen Studenten auf außeruniversitäre Sektoren des Ausbildungs- und möglichst bald auch des Produktionsbereichs auszudehnen. Eine weitere Aufgabe der Projektgruppen ist es, die Analyse und Diskussion darüber voranzutreiben, wie eine Kontinuität zwischen der Praxis im Studium und der politischen Praxis nach dem Studium hergestellt werden kann.

Revolutionäre Berufspraxis

Wenn es für die Germanisten und diejenigen, die später im Erziehungssektor arbeiten werden, möglich ist, ihre politische Arbeit mit und als Berufsarbeit zu organisieren, so gilt dieses jedoch nicht für alle Fakultäten der Universität. So muß z.B. für Soziologen und Politologen Überlegt werden, welche langfristige Perspektive sie an Stelle der fehlenden Möglichkeit der revolutionären Berufspraxis haben.

Basisgruppenversammlung

Die Basisgruppenversammlung versteht sich nunmehr als Versammlung aller universitären Studienkollektive, Schulungskurse, Projektgruppen und Ausschüsse für die Organisation des Grundstudiums.

PAPIER II - ZUR INSTITUTSPOLITIK

Die neue Situation

Die Ordinarien-Universität, in welcher wir vor Verabschiedung des Hochschulgesetzes studierten, war die Universität der Ordinarien.

Die Ordinarien waren die Garant und die Träger ihres institutionellen Systems, das vom Staat quasi nur legalisiert war. Der Staat trat in der Universität als Ordinarius in Erscheinung. Als dessen Autorität erschüttert wurde, und das Institutionensystem der Univ. in die Krise geriet, blieb dem Staat nur der extreme Ausweg: seinen hochschulexternen Gewaltapparat, Justiz und Polizei, in die Universität zu schicken. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei setzten den antiautoritären Konflikt mit den Professoren fort, der unter den geg. Bedingungen zugleich anti-institutioneller Kampf war.

Diese Situation - gekennzeichnet durch die Identifizierung von Ordinarius, Institutionensystem und staatlicher universitärer Gewalt im Bewußtsein der Studenten - hat sich gründlich gewandelt. Der Staat tritt nach der Verabschiedung des technokratischen Hochschulgesetzes nicht nur vertreten durch den beamteten Lehrkörper, sondern unmittelbar in Erscheinung. Er erscheint in der Universität jetzt lebhaftig als Präsident, als Berufsrichter im Ordnungsausschuß, vor allem aber als das neue Institutionengefüge in der Universität, als die sich vollziehende technokratische Universitätsreform. Garant und Träger des Institutionengefüges sind jetzt im Bewußtsein der Studenten nicht mehr die Professoren - die sind ihm einfach genauso wie die Studenten unterworfen - sondern der Staat. Die Differenz zwischen Ordinariat und Staat, die sich früher im

gelegentlichen Gegeneinander von Uni und Kultusverwaltung zeigte, wird jetzt innerhalb der Universität sichtbar, so reproduziert sich innerhalb des Lehrkörpers als Gegeneinander von reaktionärem und technokratischem Flügel, und im Kampf gegen die Studenten als Verschiedenheit zweier Strategien der sternen und nachten Repression auf der einen, der flexiblen Integration und "Mitbestimmung" auf der anderen Seite.

Damit haben sich die Voraussetzungen des anti-institutionellen Kampfes entschieden geändert:

- Die alten universitären Institutionen waren morsch, hinfällig, ihr Ende war absehbar - die neuen Institutionen haben im Bewußtsein der Studenten eine leider nicht absehbare Zukunft.
- Die alten Institutionen waren in der Öffentlichkeit als überholt und als strukturelle Krisenursache anerkannt - die neuen gelten als modern und als Reformmittel zur Behebung der Krise.
- Die Hüter des alten Systems waren reaktionäre Ordinarien, sodaß anti-autoritärer Konflikt und anti-institutioneller Konflikt früher identisch waren - der Staat als Hüter der neuen Institutionen muß selbst den Widerstand der reaktionären Ordinarien gegen seine technokratischen Reformmaßnahmen überwinden.
- Die Professoren waren taktische Nullen, sie ermöglichten durch ihre starre Haltung eine rasche Eskalation und Politisierung der Konflikte - die Technokraten haben Erfahrung in der Verschleierung und Befriedung: sie sind flexibel (Experimentierklausel).
- Der anti-institutionelle Kampf bedeutete früher nur Illoyalität gegenüber Professoren, die ihre politische Inkompetenz vor aller Welt demonstriert hatten - heute bedeutet er Illoyalität gegenüber der Staatsbürokratie. Das heißt natürlich zugleich, daß ein anti-institutionelles Bewußtsein der Studenten heute sehr viel unmittelbarer antikapitalistisches Bewußtsein ist.

ALLGEMEINE KONSEQUENZEN FÜR DIE STUDENTISCHE POLITIK GEGENÜBER DEN NEUEN INSTITUTIONEN

Formaldemokratische Beteiligungsforderungen und folgender anti-institutioneller Kampf (Boykott-Kampagne) - vor der Verabschiedung des Hochschulgesetzes das am breitesten wirksame Mobilisierungsmittel - haben für die Agitation nur noch sekundäre Bedeutung.

Nur dort, wo der anti-institutionelle Kampf sich zur antiautoritären Auseinandersetzung konkretisiert, kann er nach zur Primärmobilisierung beitragen: etwa dort, wo die Professoren sich besonders stur weigern, die Experimentierklausel anzuwenden, obwohl etwa in Nachbarfächern schon studentische Beteiligung gewährt wurde. In diesen Fällen geht der Kampf weniger gegen das Institutionengefüge als innerhalb des Institutionengefüges gegen die Professoren, dies zeigt zugleich die größere Gefahr des Abgleitens in den Reformismus und den kleinakarierten personalisierten Konflikt, die nur vermieden werden kann, wenn die Primärmobilisierung sofort und energisch zur Bildung von arbeitenden Gruppen genutzt und durch sie schnelligst radikalisiert wird. Sonst leisten die antiautoritären Studenten Kärmer-Arbeit für die Staatsbürokraten bei der Niederrückung des antireaktionären Professoren-Flügels.

Auf der anderen Seite ist die Beteiligung an den Institutionen nach der Verabschiedung des Hochschulgesetzes ungleich gefährlicher als früher. Denn diese Institutionen sind sozialtechnisch für die Integration der Studentenbewegung und die Pazifizierung der universitären Konflikte geschaffen. Ihre assimilatorische Kraft ist gestiegen, während die linken Studenten nicht gerade geübt sind, in Kommissionen unbestechlich eine radikale Politik zu verfolgen.

Die Beteiligung an den Institutionen zu agitativen Zwecken empfiehlt sich also nur, wenn die stud. Delegierten der Linken durch eine intensive außerinstitutionelle Agitation, möglichst eine intakte Projektgruppen-Organisation, gegen die Integration gesichert sind. Die inner-institutionelle Agitation hat also nur eine Perspektive, wenn sie als Ergänzung eines primär außer-institutionellen Kampfes fungiert. Die Arbeit in den Institutionen kann langfristig nur die Schranken des Reformismus durchbrechen, wenn sie auf der Basis radikaler Forderungen betrieben wird, die aus der Arbeit der Projektgruppen resultieren.

Die genauere Untersuchung der taktischer Möglichkeiten einer Beteiligung an den Institutionen erfordert ihre Funktionsbestimmung und die Abgrenzung ihrer Kompetenzen.

ALLGEMEINE FUNKTIONSBESTIMMUNG DER UNIVERSITÄREN GREMIEEN

1. Die primäre soziale Funktion der universitären "Selbstverwaltungsorgane" ist die Reintegration der politisch^{1870s} Studenten in die unpolitische Universität und die Wiederbelebung der institutionellen-Fixiertheit ihres politischen Denkens und Handelns. Diese Funktion ist besonders evident und wichtig für jene Organe, deren reale Kompetenz minimal ist (Konzil, der delegiert^{1870s} ist, topf im Audimax 1), sie ist weniger wichtig für das Dekan, der markig^{1870s} im eigentlichen Macht auftritt, wenn

melt (Senat).

2. Der langfristige staatliche Auftrag der Selbstverwaltungsorgane der Universität ist die Durchführung der technokratischen Hochschulreform. Dabei dient ihre scheinbare relative Autonomie innerhalb ihres jeweiligen Kompetenzbereichs nur der reibungsloseren Vermittlung der staatlichen Planung an Lehrkörper und Studenten: diesen wird Gelegenheit gegeben, die vorprogrammierten technokratischen Reformmaßnahmen selbst zu beschließen und durchzuführen. Dem Selbstbewußtsein ihrer Mitglieder zuwider, sind diese Gremien objektiv Transmissionsorgane, lediglich zur taktischen Aussteuerung des Programms und Verhinderung manifester Konflikte mit einer Rückkoppelung versehen.

Den illusionären Reformervorstellungen, die von der "Demokratischen Alternative" verbreitet werden, muß man entgegenzutreten: durch Aufklärung darüber, daß

- a) jede Entscheidung eines Organs gesetzmäßig durch das übergeordnete Organ wieder aufgehoben werden kann, daß
- b) die wesentlichen Funktionen innerhalb des Verwaltungssektors der Organe aus ihrem Kompetenzbereich ausgeklammert sind (z. B. Kontrolle der Auftragsforschung, der Sonderforschungsbereiche), daß
- c) infolgedessen die Beteiligung der Studenten in den Gremien ihnen keine Einflußmöglichkeiten, ja nicht einmal Informiertheit gewährt, wo entscheidende studentische Interessen auf dem Spiel stehen (vgl. etwa jetzt die Krise in dem Fach Biologie).

3. Während einer Übergangszeit ist es Aufgabe der Institutionen, durch Übergangsregelungen und Flickreformen die Verwirklichung der langfristigen Projektionen der Staatsbürokratie vorzubereiten. Während dieser Stabilisierungsphase, in der die Institutionen sich noch nicht eingespield haben, die aktiven Massen der Studenten noch desintegriert und ein erheblicher Teil des Lehrkörpers den technokratischen Projektionen noch skeptisch gegenüber steht, entspricht es durchaus der sozialtechnischen Funktion dieser "Selbstverwaltungsorgane", Lehrkörper und Studenten innerhalb eines von der Schulbehörde regulierten Rahmens Spielraum für Reformmaßnahmen (z. B. Neuregelung der Zwischenprüfung) zu gewähren, die einerseits bestehende manifeste Irrationalitäten und Konfliktquellen der Universität abbauen, andererseits die technokratische Transformation der Universität einleiten.

THESEN ZUR INSTITUTSPOLITIK

1. Das technokratische Institutionengefüge muß bekämpft werden, aber es kann nicht mehr durch den allgemeinen Boykott bekämpft werden.

1.1 Die neu eingerichteten Institutionen brauchen einige Zeit, um sich zu stabilisieren. Während dieser Zeit der Stabilisierung stehen sie einerseits im Blickpunkt studentischer Aufmerksamkeit, sobald die Studentenbewegung ihnen gegenüber Stellung beziehen muß, einer Auseinandersetzung mit ihnen nicht ausweichen kann - andererseits sind sie in dieser Phase, wo der Gewöhnungsprozeß erst langsam anläuft, noch besonders unsicher und anfällig gegen Angriffe von Innen oder außen. Daher kommt der studentischen Institutionspolitik jetzt besondere Bedeutung zu.

1.2 Das Hauptziel der allgemeinen studentischen Politik gegenüber den technokratischen Verwaltungsorganisationen muß es sein, das anti-institutionelle Denken und Handeln der Studenten auch gegenüber den neuen Institutionen zu befestigen: eine politische Fixierung an die neuen Institutionen würde das Ende der Mobilisierung an der Universität sein. Ein Nebenziel dieser Politik kann es sein, die sozialtechnische Funktion der "Selbstverwaltungsorgane" auch gegenüber dem Lehrkörper umzukehren: wo eine Polarisierung des Lehrkörpers in Reaktäre, Technokraten und Kritische Wissenschaftler möglich ist, kann eine geschickte studentische Politik innerhalb der Institutionen, getragen von einer starken außerinstitutionellen Agitation, die Nebenwidersprüche zwischen Staatsbürokratie und Lehrkörper verschärfen, z. B. Regelungen erreichen, die dem Widerstand gegen spätere Transformationsmaßnahmen formalen Rückhalt geben.

1.3 Die anti-institutionelle Politik wird durch die systematische Konfrontation der Institutionen mit den studentischen Interessen die Ohnmacht und Inkompetenz der Institutionen enthüllen, ihren Charakter als Relaisstation der beherrschenden Programmierung und ihre Integrationsfunktion entlarven. Man darf dabei nicht erwarten, daß die Studenten ihre politischen Erfahrungen mit den Institutionen alter Art auf die neuen übertragen werden. Anti-institutionelles Bewußtsein wird sich durch Boykottkampagnen vielleicht noch neu bilden (an nicht mobilisierten Instituten) aber nur noch in Ausnahmefällen reproduzieren lassen. In der Regel wird man die neuen "Selbstverwaltungsorgane" durch die kombinierte, inner-

und außer-institutionelle Konfrontation mit den studentischen Interessen bekämpfen.

1.4.1. Zentrale Bedeutung für den Kampf gegen das technokratische Institutionengefüge hat das Kanzil. Hier hat die Universitätsbürokratie verführt durch unsere Passivität, den Fehler gemacht, sich im Sinne einer Integrationsstrategie allzuweit vorzuzugewinnen: bis vor die breite Öffentlichkeit des Audimax. Dort werden wir sehr deutlich demonstrieren können, wie dieses oberste Selbstverwaltungsorgan der Universität und mit ihm die "Studentenvertretung" der Demokratischen Alternative vor allen Fragen, die unmittelbare studentische Interessen betreffen, in geschlossene Ausschüsse zurückweicht, sich regelmäßig vor der studentischen Öffentlichkeit auf Verfahrensfragen zurückzieht.

2. INSTITUTS-, ABTEILUNGSRÄTE und PRIMÄR-MOBILISIERUNG

2.1 Eine Boykottkampagne gegen die Instituts- und Abteilungsräte ist taktisch dort zu rechtfertigen, wo sie noch provokatorische Wirkungen hat und die politische Apathie der Studenten durch Polarisierung aufgerissen werden kann, wo der Kampf gegen eine reaktionäre studentische Übermacht geführt werden wird, wo eine breitere Mobilisierung durch Agitation in den Lehrveranstaltungen nicht erreicht werden kann (z. B., weil sich dafür kein Potential findet). Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß formaldemokratische Forderungen als Legitimation des Boykotts zwar die Studenten leicht mobilisieren, aber nur schlecht geeignet sind, beständige politische Arbeit und die Bildung stabiler Kollektive zu begründen.

2.2 Das Bemühen, in den Instituts- und Abteilungsräten ohne eine arbeitende politisierte Basis "studentische Interessen" durchzusetzen und den Kampf für solche Forderungen für eine Primärmobilisierung zu nutzen, muß in reformistischer Handwerkslelei verenden. Denn diese Forderungen sind notwendig abstrakt, wachsen nicht konkret aus den Bedürfnissen der Studienkollektive und Projektgruppen hervor und verkommen so zu gewerkschaftlichen Forderungen nach Erhaltung und Ausweitung studentischer Privilegien. Im übrigen sind solche institutionellen Bemühungen zur Mobilisierung denkbar ungeeignet (mobilisiert werden höchstens ein paar künftige Funktionärstypen), sie befestigen vielmehr, angepaßt wie sie sind an das institutionelle Denken der unpolitischen Studenten die politische Apathie.

2.3 Man kann an Instituts- und Abteilungsräten teilnehmen, a) um als Beobachter an Informationen für die außerinstitutionelle Agitation zu gelangen und die außerinstitutionelle Agitation mit der innerinstitutionellen zu beginnen oder zu ergänzen, b) um den Lehrkörper zu fraktionieren, c) um gewisse Interessen der Studienkollektive und Projektgruppen in den Instituten mit Hilfe taktischer Bündnispolitik durchzusetzen und den Verwaltungsapparat (Büro, Finanzen usw. für studentische Zwecke zu verwenden.

Oder schließlich auch, um Reformmodelle zu basteln und damit die studentische Aktivität und Kreativität in den Dienst der technokratischen Hochschulreform zu stellen.

Nur die erste Zielsetzung kann einer Primärmobilisierung dienen. Und man muß sich kritisch fragen, ob sie den Kräfteeinsatz und das Risiko einer Integration der linken Vertreter lohnt, ob nicht die Konzentration aller Kräfte auf die außerinstitutionelle Arbeit die Mobilisierung effektiver voranbringen würde.

3. INSTITUTSPOLITIK DER STUDIENKOLLEKTIVE UND PROJEKTGRUPPEN

3.1 Wo sich die Organisation der Studienkollektive, Studienausschüsse und Projektgruppen konsolidiert hat, wäre es linksradikal und unverantwortlich, die Institutionen aktiv zu boykottieren oder rechts liegen zu lassen. Viele Studenten verbinden mit den neuen Institutionen illusionäre Erwartungen. Den rechten Funktionären muß die Möglichkeit genommen werden, diese Illusionen zu nähren, und der außerinstitutionellen Agitation mit der Versicherung zu begegnen, ihre Forderungen könnten durch Teilnahme an den Institutionen durchgesetzt werden.

3.2 Der Spielraum der organisierten Studentenbewegung wird sich

zunehmend verengen. Die Institutionen können ihr dazu dienen, diesen Prozeß durch geschicktes, offensives Taktieren zu verlangsamen. Es gibt Verhandlungsgegenstände (Raumvergabe, Lehrveranstaltungen, Berufungen), deren Wichtigkeit für die studentische Organisation im Einzelfall nur ihr selbst genau bekannt ist, und bei denen sie daher ihre Interessen durchsetzen kann. Es gibt Spaltungen im Lehrkörper, die sich vertiefen, und Fraktionen, die sich zum Teil gegen die Eingriffe der Staatsbürokratie wenden lassen. Eine intakte studentische Instanz-Organisation mit einer langfristigen Strategie kann dabei eine taktisch richtige Bündnispolitik betreiben.

3.3 Die langfristige Perspektive für eine anti-institutionelle und antikapitalistische Praxis an der Universität ist nicht sehr günstig. Die Studienzeitverkürzung wird den Leistungsdruck erhöhen, die Fixierung fester Studiengänge die kritische Reflexion des eigenen Studiums beeinträchtigen und die erhöhte Arbeitsbelastung die Tendenz verstärken, sich durch die Institutionen und die studentischen Repräsentanten politisch entlasten zu lassen. Bevor sich die Verhältnisse in dieser Weise stabilisieren, müssen wir im Kreislauf des Ausbildungsprozesses - begünstigt durch den gegenwärtigen Lehrermangel an allen Bildungsinstitutionen - Fuß gefaßt haben, agitatorisch und organisatorisch, als Lehrer, Schüler und Studenten an den Schulen, Universitäten und Fachhochschulen. Wir wenden dabei die antikapitalistische Bewegung im Ausbildungssektor, die sich jetzt noch an der schweren Krise in diesem Bereich weiter entwickeln kann, auf die Dauer nur stabilisieren, wenn wir es lernen, die Agitation über den Ausbildungsbereich hinaus in den Produktionsbereich auszuweiten und die instabile Organisation der Studentenbewegung durch die Zusammenarbeit und die organisatorische Verbindung mit sozialistischen Gruppen der Produktionssphäre in ihrem antikapitalistischen Kurs abzusichern.

ZUR BERUFSPERSPEKTIVE DER LEHRER

Protokolle der Diskussion im Projektbereich Schule

1. Zur Situation in der Lehrerausbildung

1.1 Die Krise der Lehrerausbildung

Der Hauptwiderspruch, der die gegenwärtige Krise des Bildungswesens in der BRD bestimmt, ist der Widerspruch zwischen der geringen didaktischen Leistungsfähigkeit des Bildungssystems und den erhöhten Qualifikationsanforderungen im Produktionsbereich. Den entscheidenden Ansatz für eine Transformation des Bildungskreislaufs Schüler - Student - Lehrer - Schüler bietet die Lehrerausbildung. Zugleich spiegelt sich die allgemeine Krise des Bildungssystems potenziert in der Krise der Lehrerausbildung:

- wachsende Schere zwischen dem volkswirtschaftlichen Bedarf und dem an den Universitäten produzierten out-put an Lehrern;
- "Gemessen an den Mittelwerten der Bedarfsfeststellung 1961-1970 werden 1970 voraussichtlich 26,5 % der damals geforderten Lehrer an Gymnasien fehlen" (Enno Schmitz, 1967, S. 23);
- hohe Abbruchquote, besonders in den philosophischen Disziplinen (bis 55%);
- lange Studiendauer (im Schnitt mehr als 50% über der vorgesehenen Mindeststudiendauer);
- luxurwissenschaftliche Autonomie der Fachwissenschaften mit Folge einer völlig unzureichenden Qualifikation der Lehrminkandidaten;
- Ausbreitung der Widerstands- und Protestbewegung gerade bei den Studenten der philosophischen Disziplinen.

1.2 Ansätze zur technokratischen Reform der Lehrerausbildung

Die Erhöhung der Nachwuchsrate und die Ausrichtung der Lehrerausbildung auf eine spätere Berufspraxis, die dem technologischen Niveau der Produktion angepaßt ist, macht eine Reihe von Maßnahmen erforderlich:

- Schwerpunktverlagerung von der fachwissenschaftlichen auf die sozial-pädagogische und didaktische Ausbildung;
- Fixierung rationaler und kontrollierbarer Ausbildungsgänge (Curriculum);
- drastische Verkürzung der Studienzeit;
- Abbau neuhumanistischer und bildungsbürgerlicher Ideologie und Einübung in operationalen (zweckrationalen) Unterrichtstechniken;
- Orientierung an Lernzielen statt an Lehrinhalten, an Erwerb

formaler Fähigkeiten statt an Akkumulation von Bildungswissen. Gegenwärtig konkurrieren vor allem zwei Modelle für die Transformation der Lehrerausbildung miteinander:

1.) Ausbildung aller Lehrer an pädagogischen Fakultäten bzw. Universitäten.
 Beispiel: Vorschlag des Kultusministeriums in NRW. D.h. die Gymnasiallehrer werden ähnlich wie bisher die Volksschullehrer an einer eigenen pädagogischen Fakultät vereint, die allgemeine Pädagogik, Fachwissenschaftliches Studium und Fachdidaktik vereint (vgl. Frankfurter Rundschau vom 25.9.69: "Erziehungswissenschaftliche Universität umstritten").

2. Verkürzte und reglementierte Fachstudiengänge mit pädagogischem Begleitstudium.
 Für dieses Begleitstudium ist nach einem in Marburg entwickelten Plan ein festes Curriculum mit zwei Schulpraktika und vier Übungen vorgesehen, wobei diese Übungen je nach Modell der Schwerpunkt auf Unterrichtsbeobachtungen (primärerfahrungen im Unterricht), Fachdidaktik oder allgemeine Pädagogik (Möglichkeiten einer Kritik gegenwärtiger Unterrichtssysteme) legen.

Während das erste Konzept immerhin eine strukturelle Änderung bedeuten würde, beinhaltet der zweite Vorschlag nur eine rationellere Nutzung der vorhandenen Kapazitäten auf alleinige Kosten der Studierenden. Der erste Vorschlag impliziert die Errichtung neuer Institutionen und damit einen tatsächlichen finanziellen Aufwand, den Abbau der bisherigen (Schul-Fachwissenschaften, die Angleichung des Ausbildungsstatus von Volksschul- und Gymnasiallehrern), so haben denn auch Vertreter der Universitäten Protest gegen diese Lösung eingelegt. Es ist vorauszusehen, daß die Kultusbehörden unter dem Zwang, den out-put der Lehrerausbildung zu forcieren, den Weg des geringsten Widerstandes (den zweiten Vorschlag) wählen werden.

1.3 Konzept der Hamburger Schulbehörde für die Ausbildung der künftigen Lehrer an Gymnasien

In Hamburg hat man sich bereits für den zweiten Vorschlag entschieden. Die neue Staatsexamenordnung schreibt für künftige Gymnasiallehrer ein pädagogisches Zusatzstudium vor:

I. Erziehungswissenschaften (Begleitstudium)

I. Voraussetzungen

- 1. Teilnahme an mindestens sieben erziehungswissenschaftlichen Vorlesungen und Übungen.
- 2. Teilnahme an mindestens einem erziehungswissenschaftlichen Praktikum.

II. Anforderungen in der Prüfung

- 1. Kenntnisse der Grundfragen der Schulorganisation und der allgemeinen Unterrichtslehre einschließlich der Didaktik der gewählten Unterrichtsfächer.
- 2. Vertiefte Kenntnisse in einem Teilgebiet der Erziehungswissenschaft nach Wahl des Bewerbers.

III. Form der Prüfung

Es wird nur mündlich geprüft. (etwa 30 Minuten)
 Es ist bekannt geworden, daß ein Ausschuß der Schulbehörde intern ein verbindliches Curriculum für das pädagogische Zusatzstudium ausarbeitet. Diese Regelung soll mit dem SS 70 in Kraft treten.

Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels
 (nach: "Informationen der Schulbehörde-Schulabteilung", Nr. 29, 8.9.69)

- "Um Lehrermangel und langfristigen Ausfällen zu begegnen, hat die Schulbehörde schon seit Jahren folgende Schritte unternommen:
 - Beschäftigung pensionierter Lehrer,
 - Wiedereinstellung oder - wenn gewünscht - vorübergehende Beschäftigung ausgeschiedener Lehrerinnen,
 - Beschäftigung von Bewerbern mit nur einem Studienfach (Lehrerbildung, Kunst- und Musikerziehung),
 - Beschäftigung von ausländischen Lehrern im fremdsprachlichen Unterricht,
 - Beschäftigung von Bewerbern, die aus der Wirtschaft oder Forschung kommen, insbes. Diplom-Mathematikern, Physikern, -chemikern und Biologen.
 - Ausbildung von Fachlehrern für Volks- und Realschulen,
 - Einrichtung von Ergänzungskursen für Mangel-fächer.
- Außerdem gleicht die Schulbehörde soweit wie möglich auch zwischen den Schularten den Bedarf aus. So arbeiten zur Zeit 63 Volks- und

Realschullehrer in der Beobachtungsstufe des Gymnasiums. Schließlich wird die zeitlich begrenzte Verkürzung des Referendariats den Schülern 1970 zusätzlich 260 Lehrer zuführen.

Als kurzfristig wirksame Mittel prüft die Schulbehörde gegenwärtig:

- Vermehrte Lehraufträge an Referendare
- Die Möglichkeit, Lehrer an der eigenen Schule zusätzlichen, bezahlten Unterricht geben zu lassen.
- Die Entlastung der Lehrer von technischen Hilfsarbeiten.

Mittel- und langfristig erhofft sich der Hamburger Senat eine "wesentliche Entlastung" durch die Studien- und Hochschulreform. Hierzu heißt es in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Situation und Entwicklung der allgemeinbildenden Schulen in Hamburg - Drucksache Nr. 2287:

"Maßnahmen zur Studienreform mit dem Ziel, daß die vorgeschriebene Mindeststudiendauer nicht wesentlich überschritten wird:

... Im Zusammenhang mit dem Lehrerberuf konzentriert sich das Bemühen um Studienzeitverkürzung auf den Bereich der Gymnasiallehrer. Durch den Erlaß der neuen Prüfungsordnung für die wissenschaftliche Prüfung von Gymnasiallehrern glaubt er die Grundlage für einen Erfolg gelegt zu haben. Dieser wird durch die vom Universitätsgesetz geforderte Überarbeitung der Studienpläne, durch die in Arbeit befindliche Reform der Lehrkörperstruktur für die Universität und auf längere Sicht durch die Entwicklung zum Gesamthochschulbereich voll wirksam werden ...

Eröffnung neuer Zugangswege zum Lehrerberuf:

In der bereits erwähnten Entwicklung zur Hochschule Hamburg, verbunden mit der in Gang befindlichen Schaffung von Fach-Oberschulen und Fachhochschulen, liegt mittel- und langfristig die Chance, geeignete Realschüler ohne wesentlichen Zeitverlust für den Lehrerberuf zu gewinnen. Der Senat hofft, daß die im Wissenschaftsrat und im Deutschen Bildungsrat bereits fortgeschrittenen Überlegungen zu einer Gesamtreform der Lehrerausbildung seine Vorstellungen über die Entwicklung der Fachhochschulen und Universitäten im Gesamthochschulbereich bestätigen werden, damit die erforderliche Einheitlichkeit im Bundesgebiet ohne Verzicht auf das Niveau der Hamburger Lehrerbildung erreicht werden kann."

Einstweilen aber muß die 1968 an den Hamburger Gymnasien eingeführte Differenzierung zurückgenommen werden. In einem Rundbrief vom 10.6.69 kommen Hamburger Schulleiter zu dem Schluß: "... so werden wir uns überlegen müssen, ob es organisatorisch möglich ist, auf dem jetzigen Stand der Differenzierung stehen zu bleiben (bzw. ob das ratsam ist) oder ihn zurücknehmen. Ferner werden wir angesichts des zu erwartenden Drucks von außen und innen Mittel finden müssen, die traditionelle Unterrichtsweise wieder so attraktiv zu machen, daß wir sie verteidigen können."

Die Planlosigkeit der Bildungspolitik hat den Hamburger Senat in eine verzweifelte Situation gebracht. Der sich verschärfende Lehrermangel zwingt ihn zum Handeln, zur schnellen "Reformmaßnahme". Er hat nicht die Zeit, diese neuen Reformmaßnahmen sich nach den Regeln der Konfliktvermeidung mit dem neuen Institutionengefüge der Universität entwickeln zu lassen, sondern muß sie diktatorisch gegen die betroffenen Gruppen durchsetzen. Die offene Repressivität dieser Maßnahmen stärkt die Studentenrevolte. Die ersten von der Studentenbewegung geprägten Lehramtskandidaten beginnen in den Schuldienst einzutreten. Der Senat kann es sich nicht leisten, hier allzu streng zu kontrollieren. Gegenüber einer auch nur schwach organisierten größeren Lehreroopposition verfügt er gegenwärtig über keine effektiven Machtmittel. Derweil organisiert sich die Schülerbewegung. Es zeigt sich: die Schule ist augenblicklich ein günstiger Ansatzpunkt für die antikapitalistische Bewegung in Hamburg. Eine Lehreroopposition muß organisiert werden. Die Schülerbewegung muß verstärkt werden. Die mobilisierten Studenten der Geisteswissenschaften müssen ihre politische Arbeit aufs PI konzentrieren.

Termine: - PI-Seminare mit Mentorengruppen

o Der Auftrag der Schule in der Industriegesellschaft, Grumme Dienstag 14 - 16.30, PI 08

o Einführung in die Soziologie der Erziehung, Grumme, Mo 12-14, 08

o Leistungsbeurteilung und Leistungsmessung in der Schule, Skowronak Mittwoch 15 - 17, 07

o Projekt- und Mentorengruppen zur PI-Kampagne:

Technokratische Schulreform

Kontaktadresse: Heike Schoop 57 47 50 Fr. 16.00 - 18.00, 473

Sozialisationsfunktion der Schule Kontakt: Gerd Müller 78 25 29

Di 18.00 - 20.00 FC

Schule und Sprache Kontakt: Lorenz Andre 45 40 50 Di 19.30 ESG

Anglistik und Schule Kontakt: Margret Johannsen 86 83 57
Di 16.00 - 18.00 s. t. 1205

o Projektbereich Schule

Fr. 18.00 - 20.00 473

ISI - LEKTION

Gen. Hinrichsen hat "einen Sumpf von Fragen" aufgeworfen (apress Nr. 18; S. 7 f.). Damit der "Sumpf" in seinen "Fragen" nicht versinke, antworten wir:

1. Der Mensch besitzt eine Arbeitskraft; betätigt er diese, leistet er Arbeit. Seine Arbeit hat eine historisch bedingte Produktivkraft (Produktivität). "Die Produktivkraft der Arbeit ist durch mannigfache Umstände bestimmt, unter andren durch den Durchschnittsgrad des Geschickes der Arbeiter, die Entwicklungsstufe der Wissenschaft und ihrer technologischen Anwendbarkeit, die gesellschaftliche Kombination des Produktionsprozesses, den Umfang und die Wirkungsfähigkeit der Produktionsmittel, und durch Naturverhältnisse." (Kapital I, 54)

2. Wissenschaft ist keine Produktivkraft, sondern Kooperation der allgemeinen Arbeiter. "Allgemeine Arbeit ist alle wissenschaftliche Arbeit, alle Entdeckung, alle Erfindung. Sie ist bedingt teils durch Kooperation mit Lebenden, teils durch Benutzung der Arbeiten Früherer." (Kapital III, S. 113 f.)

3. Wenn die Produktion der Ware Arbeitskraft zur kapitalistischen Produktion wird, heißt dies natürlich nicht, daß der Arbeiter Warenkapital in Gestalt seiner Arbeitskraft besitzt; er ist lediglich Warenbesitzer seiner neuqualifizierten Arbeitskraft, nicht Besitzer von Warenkapital. "Z. B. bei Unterrichtsanstalten können die Lehrer bloße Löhnerbeiter für den Unternehmer der Unterrichtsanstalt sein, wie derartige Unterrichtsfabriken zahlreich in England existieren. Obgleich sie den Schülern gegenüber keine produktiven Arbeiter sind, sind sie es ihrem Unternehmer gegenüber." (Theorien über den Mehrwert I, 386) Das Kapital des pädagogischen Unternehmers nimmt nie mehr die Gestalt von Warenkapital an, weil er keine Warenkörper verkauft, sondern den pädagogischen Produktionsprozeß selbst in der Form von Diensten. Dienste sind allerdings keine Warenkörper, sondern Arbeitsprozesse, die selbst Warencharakter haben.

4. Die Voraussetzung der relativen Wertform eines Forschungsproduktes ist nicht die Quantifizierbarkeit des Wissens, sondern ein Äquivalent. Die Quantifizierung der relativen Wertform ist deren Äquivalent. Die Wertgröße des Forschungsproduktes erscheint im Gebrauchsquantum des allgemeinen Äquivalents. Das Wissen kann man nicht quantifizieren, wenn es nicht nicht das ist, es sei denn, man unterstelle den Hegelschen Weltgeist, der das Wissen schon hat, bevor der Mensch etwas davon weiß. Wissen ist kein einmal Gegebenes, das in Portionen zu teilen wäre. Die Wertgröße ist bestimmt durch die zur Produktion des Forschungsproduktes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit; es stellt sich erst post festum dar, ob diese Arbeitszeit gesellschaftlich notwendig war.

1. Forschung wird in Form einer Dienstleistung unmittelbar gegen Geld getauscht, die Forschungsarbeit wird verkauft. -Patent
2. Das Produkt der Forschung wird verkauft, es zirkuliert als Ware, es hat für den Produzenten der Ware die Gestalt von Warenkapital, welches
 - a) verkauft
 - b) als Lizenz verliehen werden kann, d.h. es nimmt für den Borger die Gestalt von produktiven Kapital an, für den Verleiher ist es zinstragendes Warenkapital
 - c) von dem Hersteller in seinen eigenen Fabrikationsabteilungen als Produktionsmittel verwertet werden kann.

ZUR ASTA-PUBLIKATION ÜBER DIE HAMBURGER UNI

Das permanente Kolonialinstitut - 50 Jahre Hamburger Universität

Heimlich und unter Ausschluß der Öffentlichkeit fanden die Feierlichkeiten anläßlich des 50-jährigen Bestehens der Hamburger Universität statt. Die aus diesem Anlaß von der Universität herausgegebene Festschrift harret noch immer ihrer Veröffentlichung und wird voraussichtlich erst zu Weihnachten erscheinen.

Daß diese Feierlichkeiten nur im intimen Kreis von Ordinarien und staatlichen Charaktermasken stattfanden, ist für die diejenigen, die an den politischen Auseinandersetzungen während der letzten Semester

teilgenommen und dabei den Charakter dieser Universität praktisch erfahren und theoretisch erkannt haben, kaum verwunderlich. Feierlichkeiten anlässlich des 50-jährigen Bestehens einer Universität, die hervorgegangen aus einem Institut, welches der Ausbildung der in den deutschen Kolonien tätigen Beamten und Kaufleuten diente, seit ihrer Gründung permanent dem Interesse des deutschen Kapitals nach Expansion in die afrikanischen und lateinamerikanischen Länder zur Verfügung stand, hätten notwendig weitere Erkenntnisprozesse der Studenten über den Charakter ihrer Universität in Gang gesetzt und studentische Aktionen provoziert. Auch an Stärke und Kontinuität der nazistischen Ordinarienfraktion mochte man aus diesem Anlaß nicht so gerne erinnern. Hinzu kommt, daß das 50-jährige Bestehen dieser Universität zusammenfällt mit einer Periode, in der sich Staat und Kapital bemühen, die Universität noch fester in den Griff zu bekommen, als dies jemals in ihrer Geschichte der Fall gewesen war, das 1969 verabschiedete Hochschulgesetz übertrifft das für die Nazi-Ära geltende Gesetz bei weitem. Die Notwendigkeit, studentischen Aufklärungskampagnen und Aktionen keinen allzu passablen Ansatz liefern zu dürfen, um deren Disziplinierung und Integration nicht zu gefährden, mögen für den Ausfall glorifizierender, öffentlicher Feierlichkeiten eine Rolle gespielt haben. Gleichwohl nahm der ASTA den 50. Jahrestag der Hamburger Universität zum Anlaß, mit seiner

Publikation:
 "DAS PERMANENTE KOLONIALINSTITUT - 50 JAHRE HAMBURGER UNIVERSITÄT" "der Studentenschaft und der Öffentlichkeit die gegenwärtige Situation an der Universität und ihre historischen Bedingungen in einer kritischen Analyse zu erläutern." (aus dem Vorwort)

Diese Analyse ist die Systematisierung der den verschiedenen Agitationsversuchen aus aktuellen Anlässen jeweils zugrundeliegenden Teilanalysen und trägt zur Selbstverständigung der sozialistischen Studentenopposition durch Analyse ihrer sozialen Basis und der Bedingungen ihrer Entstehung bei.

Die einzelnen Kapitel dieser Propaganda-Broschüre --

- a) Das permanente Kolonialinstitut. Die kolonialistische und politische Kontinuität der Hamburger Universität
- b) Hamburger Universität und Wirtschaft. Forschung und Lehre im Griff des Kapitals
- c) Die Verstaatlichung der Universität. Das Hamburger Universitätsgesetz als maßgeschneiderte juristische Fassung eines ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisses
- d) Zur politischen Theorie C.F. v. Weizsächers
- e) Zur nazistischen Fraktion der Hamburger Professoren. Dargestellt an P. R. Hofstätter
- f) Nationalsozialistische Studentenbewegung und Widerstand im Dritten Reich an der Hamburger Universität
- g) Zur Entstehung einer sozialistischen Studentenopposition an der Hamburger Universität

-- versuchen, unter Verzicht der Darlegung einer Unzahl wichtiger Einzelfälle bestimmte Aspekte der bürgerlichen Universität exemplarisch zu analysieren. Das gilt insbesondere für den Teil, in dem die zwei wichtigsten Fraktionen der Ordinarien anhand exponierter Vertreter charakterisiert werden.

Hofstätter steht für den Typ des nazistischen Ordinarius. Hervorgetreten zum ersten Mal 1940 durch rassistische Aufsätze, heute intensiv Kontakte zur Führungsakademie der Bundeswehr, zu südafrikanischen Universitäten pflegend, ist er durch eine derartige politische Ungeschicklichkeit geprägt, daß er sich von einem Kollegen darauf hinweisen lassen mußte, daß "politische Demonstrationen für undemokratische Regierungen möglichst innerhalb der ersten 5 - 10 Jahre des Bestehens solcher Regimes vermieden werden sollten."

Weizsächer, exemplarisch für den technokratisch-"progressiven" Teil der Ordinarien, verfügt dagegen über ein weitaus höheres Maß an politischem Geschick. Seine großdeutschen Ambitionen sind ideologisch derart geschickt verkleistert, daß er noch 1967 bei einer Spiegel-Umfrage über die Vorbilder deutscher Studenten mit 42% an erster Stelle rangierte. Der zentrale Ansatz der Broschüre ist der Versuch, die kolonialistische Tradition der Universität, ihr Verhältnis zum Hamburger Kapital mittels historischer Analyse zu klären und mit dieser Hilfe den aktuellen Transformationsprozess zu analysieren. Dies wird in den ersten 3 Kapiteln versucht.

Die kolonialistische Tradition der Hamburger Universität erscheint als Ausdruck der spezifischen Interessen des Hamburger Handelskapitals. Die enge Bindung der aus einem Kolonialinstitut hervorgegangenen Universität (Jenes wurde dann zum Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv) an den Hamburger Staat und an die praktischen Bedürfnisse des Hamburger Kapitals brachten es mit sich, daß man Humboldtische Ideale und liberal-bürgerliche Traditionen an der

Hamburger Universität völlig vermißt. Dies war wiederum die Grundlage dafür, daß in den 30er Jahren Hamburg eine der Hauptstützen der nationalsozialistischen Bewegung im Bereich der Universitäten war, daß 1969 die legalistische Einleitung der universitären Transformation durch Verabschiedung regionaler Hochschulgesetze ihren Ausgang nimmt.

In der Zeit nach dem 2. Weltkrieg wird ein struktureller Wandel des Verhältnisses von universitärer Forschung-Kapital festgestellt. Das traditionelle, ordinariats-industrielle Vertragsverhältnis, welches durch den Prozeß des einfachen Warenaustausch zwischen Ordinarius und industriellem Auftraggeber gekennzeichnet ist, verliert zunehmend an Bedeutung zugunsten der staats-monopolistisch organisierten Projektforschung, deren Ausläufer in Form von Sonderforschungsbereichen an den Universitäten etabliert werden. Dieser Strukturwandel liegt der durch das Hochschulgesetz vermittelten universitären Reorganisation zugrunde. Die Konkurrenzen, die dabei gegenwärtig zwischen den spezifischen Interessen des regionalen Kapitals und der Tendenz zur Gesamtplanifikation der universitären Forschungsträger, werden noch einige Zeit eine wichtige Rolle spielen.

In den letzten beiden Aufsätzen wird versucht, Entstehungsbedingungen und Formen von Widerstand und sozialistischer Opposition an dieser Universität zu analysieren. Die hier kurz angedeuteten Analysen werden ergänzt und veranschaulicht durch einen umfangreichen dokumentarischen Anhang, der zum Teil nur schwer zugängliches, dafür aber um so interessanteres Material enthält.

ERKLÄRUNG DES ARBEITSKREIS JUSTIZ IM RCH

Unter strenger Disziplin wurde dem Schriftsteller und Literatur-Produzenten Ernst Schnabel vom Bundesverband der Deutschen Industrie der diesjährige Kulturpreis "für ein Leben, das der Literatur gewidmet ist," verliehen. Aufgrund der schlechten Erfahrungen mit literarischen Preisträgern (die Weitergabe des Geldpremie des Wolf Biermann zugesprochenen Fontane-Preises an die sozialistische Opposition Westberlins hatte vor einigen Monaten großes Aufsehen erregt.) zog der BDI es vor, die Prämierung Schnabels nur im "kleinen Kreis" vorzunehmen. Ernst Schnabel hatte keine Gelegenheit, in der sonst üblichen "Dankessprache" zur kulturpolitischen Position des BDI Stellung zu nehmen.

Ernst Schnabel hat die mit dem BDI-Preis verbundene Geldprämie dem Rechthilfefond der Hamburger ApO zur Verfügung gestellt und auf diese Weise deren Kampf gegen die Hamburger Klassenjustiz, vor allem im Zusammenhang mit den bevorstehenden Henzeprozessen, solidarisch unterstützt. Damit ist Schnabel seiner fortschrittlichen kulturpolitischen Situation treu geblieben. Er gehört zu jener Gruppe von Kulturproduzenten, die tendenziell begannen hat, die ihr von herrschenden Monopolkapital zugedachte Alibi- und Verschleierungsfunktion gegenüber den lohnabhängigen Massen abzustreifen.

Die Tatsache, daß vom größten bundesrepublikanischen Unternehmerverband zu Zwecken der direkten und indirekten Absicherung kapitalistischer Herrschaft vorgesehenen Korruptionsgelder in die Kampffonds der neuen sozialistischen Opposition gelangen, ist von außerordentlicher Bedeutung. Sie zeigt einerseits, daß heute ein nicht geringer Teil der Kulturproduzenten einer revolutionäre Perspektive näher ist als den faden Fleischknäpfen der herrschenden Klasse; andererseits verpflichtet sie die neue sozialistische Opposition, die Klassenkonflikte weiterzutreiben und damit die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, die für die andäulige Emanzipation von Kunst und Literatur von den Verwertungsmechanismen des Monopolkapitals unabdingbar sind.

ERKLÄRUNG DES RCH ZUR AUFGABE DER RÄUME IN DER ROTHENBAUMCHAUSSEE

Seit der Gründung des RC Hamburg haben sich die politischen Verhältnisse innerhalb der Gruppen der sozialistischen Opposition verändert. Es hat sich gezeigt, daß die gegenwärtige Organisationsstruktur und Arbeit des RC diesen Bedingungen nicht mehr genügt. Das Ende der Phase, in der projektbezogene Kampagnen sowohl mobilisierende als auch koordinierende Funktion hatten und der erneute Dezentralisierungsprozeß auf der Linken haben dazu geführt, daß die Koordinierungsmöglichkeiten des RC nicht mehr benutzt werden. Einerseits ist an die Stelle von Aktionen die Schulung in kleinen Gruppen getreten, andererseits reicht das bloße

Angebot von Räumen nicht aus, um die Isolation der arbeitenden Gruppen zu beenden; derartige Arbeitsmittel kann zur Zeit der ASIA ebenso zur Verfügung stellen wie die ESG.

In der MV vom 21. Oktober 1969 haben die Mitglieder aus dieser (nicht auf Hamburg beschränkten) Situation die Konsequenz gezogen, die bisherige Organisationsform und Arbeitsweise des RC aufzugeben. Dabei spielten vor allem folgende Gründe eine Rolle:

1) Seit einigen Monaten wurden die Räume des RC kaum noch für politische Arbeit, sondern mehr als Aufenthaltsräume genutzt; der Arbeitskreis Organisation (AKO) als einziges permanent tagendes Gremium des RC konnte das durch eigene Initiative nicht ändern.

2) Weil der AKO von der Arbeit der Beschaffung und Erhaltung der materiellen Voraussetzungen weitgehend blockiert war - im Gegensatz zu Berlin konnten wir uns keinen bezahlten Postsekretär leisten - konnte er weder eine Club-Strategie erarbeiten, die das räumliche auch zu einem politischen Zentrum gemacht hätte, noch konnte er sich an der politischen Arbeit der Gruppen im RC genügend beteiligen. Die arbeitenden Gruppen umgekehrt waren an den Fragen der materiellen Organisation uninteressiert; so konnte der AKO schließlich keinen Sinn mehr in seiner Tätigkeit sehen und trat zurück.

3) Antiautoritäres Verhalten und bloße Konsumhaltung vieler Besucher etablierten Formen einer Subkultur, die zu Unstimmigkeiten mit dem Hausbesitzer führte. Er hat inzwischen die Aufgabe der Räume verlangt.

Vor allem die aufgeführten politischen Gründe, aber auch der finanzielle (1.600 Mark Monatsmiete) und organisatorische Aufwand rechtfertigen nicht die Erhaltung des Zentrums in der Rothenbaumchaussee. In dieser Hinsicht laufen also die Interessen der Mitglieder parallel zu denen des Hausbesitzers.

Inzwischen hat sich aus AKO und RC-Mitgliedern eine Ad-hoc-Gruppe gebildet, (Kontaktadressen siehe unten) die sich die politische Analyse der gegenwärtigen Situation des RC und der ApO überhaupt und die Entwicklung einer neuen Strategie und ihrer adäquaten Organisationsformen zur Aufgabe gesetzt hat. Diese Gruppe ist sich darüber klar, daß die Aufgabe der bisherigen Räume und damit der bisherigen Funktion des RC nur Übergangscharakter haben kann.

So ist abzusehen, daß den arbeitenden Gruppen der sozialistischen Opposition die Notwendigkeit eines politischen Aktionszentrums wieder bewußt wird. Wenn, wie nach dem Hochschulgesetz geplant, der ASIA aufgelöst wird und in absehbarer Zeit auch andere Hilfsmittel und Räume fortfallen, bedarf es noch nicht einmal einer Verschärfung des repressiven Drucks auf die außerparlamentarische Opposition, um das Bedürfnis nach einem Aktionszentrum auch in Hamburg neu zu artikulieren.

Wir schlagen deshalb allen Mitgliedern vor:

1. Die Mitgliedsbeiträge werden weiter wie bisher auf das Konto des RC überwiesen - um die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, jederzeit, sobald notwendig und möglich, ein neues Zentrum sozialistischer Opposition einzurichten. Die angesammelten Mittel dürfen für ein neues räumliches Zentrum nur ein gesetzt werden, wenn die MV es beschließt. Bis zu diesem Zeitpunkt hat jedes RC Mitglied das Recht, von jetzt an bezahlte Beiträge zurückzufordern.

2. Um die Mitglieder des RC in der Übergangszeit über die politische Situation der ApO zu informieren und die politische Arbeit des RC zu artikulieren, wird allen beitragszahlenden Mitgliedern ab sofort APO-PRESS regelmäßig zugesandt; die Kosten dafür werden aus dem Beitragsaufkommen bestritten. APO-PRESS wird insbesondere auch die Protokolle der Ad-hoc-Gruppe veröffentlicht, die sich mit der Analyse der politischen Situation sozialistischer Opposition und deren Konsequenzen beschäftigt. Außerdem wird eine Analyse der politischen Arbeit des RC während des letzten Jahres erarbeitet. Innerhalb des RC arbeiten die verschiedenen Aktionsgruppen weiter; alle Mitglieder sind aufgefordert, in diesen Arbeitskreisen oder in der Ad-hoc-Gruppe intensiver als bisher mitzuarbeiten. Im November nimmt das Institut für Rechtspolitik und Soziologie des Rechtswesens - zunächst in HH 13, Hochalfe 21 - seine Tätigkeit auf.

Kontaktadressen: - D. Brumm, 2 Schenefeld/Hbg., Wachtelweg 33 b, E30 88 50.
D. Dörner, 2 Hbg. 39, Wiesendamm 135, 279 48 38
C. Schoessler, 2 Hbg. 20 Gärtnerstr. 32 48 61 20

Kurt Groenewold, 2 Hbg. 19, Osterstr 120 49 29 15

Für die Ad-hoc-Gruppe: Brumm, Dörner, Grutke, Rebstock, Blasing, Grabbe, Trott, Groenewold, Störin.

TERMINE JUSTIZ

- 28.10. 11.30 Uhr Zi. 139
Machert, Landfriedensbruch
- 30.10. 13.00 Uhr 377b
Reckert, Landfriedensbruch
- 31.10. 9.00 Uhr 182
v. Thun, Ersatzdienstverweigerung
- 3.11. 9.30 186
Kahlhöfer, jugendgefährdende Schriften und Bilder
- 4.11. 12.00 Uhr 139
Michel, Busenaktion
- 5.11. 9.00 Uhr 186
Reiser, Bannmühle
- ab 10.11. Berlin Mahler

der Termin gegen KH. Roth ist vorläufig abgesetzt

LERNT VON DEN WIDERSPRÜCHEN IN DER SPARTAKUS - BUCHHANDLUNG

Die gegenwärtige Auseinandersetzung im Spartakusladen ist die Auseinandersetzung über zwei Wege, wie man eine Buchhandlung mit sozialistischem Anspruch organisieren soll. Das ist der allgemeine Charakter dieser Auseinandersetzung.

Während der Abwesenheit Cesars haben die übrigen Genossen im Spartakus einen politischen Lernprozeß vollzogen, der sich umschreiben läßt als Abkehr von dem Primat der "Individuellen Revolutionierung" zum Verständnis einer Revolutionierung des Individuums in einem dialektischen Prozeß mit der politischen Arbeit in ihrer augenblicklichen Form der Basisgruppen.

"Die Arbeit in einer politischen Buchhandlung" allein kann noch nicht als politische Arbeit verstanden werden. Politisch kann eine Buchhandlung nur dann werden, indem die in ihr arbeitenden Genossen an revolutionärer Arbeit außerhalb des technischen Apparates Buchhandlung teilnehmen... Erst wenn diese Bedingung erfüllt ist, kann von einer politischen Buchhandlung gesprochen werden, da die administrative Arbeit der Genossen nicht mehr primär sondern sekundär geworden ist. Frustrationen, die sich aus dem entfremdeten bürgerlichen Arbeitsprozeß ergeben, können teilweise durch Kollektivierung der technischen Arbeit aufgefangen werden und damit Energien für die politische Arbeit freigesetzt werden." (1)

Diese ... Politik kann nur verwirklicht werden, wenn die am Laden direkt Beteiligten

- a) die Arbeit kollektiv organisieren,
- b) die Voraussetzung dieser Kollektivierung praktisch und theoretisch anerkennen.

Die Arbeit ... im Spartakus muß also folgendermaßen getrennt werden: a) technische Seite, organisieren (bestellen, verkaufen, drucken und vertreiben)

b) Arbeit der in der Buchhandlung arbeitenden Genossen in Schulungsgruppen, Basisgruppen, etc

Die beiden Punkte fallen zusammen, wenn: a) den Basisgruppen in theoretischer und praktischer Verbindung entsprechende Literatur vermittelt wird b) die Buchhandlung in dieser Konstellation Anreiz und eventuell Modell für sich emanzipierende Buchhändler und Verlagslehrlinge sowie Angestellte wird c) die sich langsam als syndikalistischer Interessenverband pervertierender Literaturproduzenten konkret an ihre Funktion in der Klassengesellschaft erinnert werden." (2)

Die Rückkehr Cesars zeigte, daß das Arbeitskollektiv sich noch nicht soweit gefestigt hatte, um den Machtansprüchen Cesars, die er aus seiner für den Laden geleisteten Arbeit und seiner GmbH Mitgliedschaft ableitet, entschieden entgegenzutreten. Die Bereitschaft, Cesar

in das Kollektiv zu integrieren, wurde vereitelt von den vorhandenen Autoritäts und Machtstrukturen: Cesar ist nicht bereit, sich auf die gleiche Stufe wie alle anderen zu stellen, sondern beansprucht ein eigenes grundlegendes Sonderrecht für sich, wie Vetorecht bei allen Entscheidungen, seien sie technischer oder politischer Art. Diskussionen und Entschlüsse, die von den übrigen Mitgliedern kommen, negiert er nicht wegen des Inhalts, sondern weil er die Leute "nicht akzeptiert". Weiter hat er eine bemerkenswerte Fähigkeit, diejenigen, die er gut kennt, mit subtilen psychischem Terror fertigzumachen, so daß die Voraussetzungen für das Entstehen eines Kollektivs nicht gegeben ist. Es wäre falsch, diese Sachen aus der Diskussion auszuklammern, weil sie etwa zu weit führten oder politisch unbedeutend seien - sie sind bedeutsam, um den Widerspruch zwischen Cesars eigenen verbalen Bekenntnissen, etwa zum Kollektiv, und seinem praktischen Tun, etwa den Arbeitgeber spielen, aufzuzeigen. Entscheidend an diesem Widerspruch ist, daß Cesar nicht bereit ist, ihn zusammen mit den anderen Genossen des Kollektivs zu lösen, hingegen diesen Vorwürfe wegen ihrer eigenen Widersprüche macht, auf dieser Ebene bleibt, und somit einen Lemprozeß bei allen verhindert.

Aus den Vorwürfen, die mit der Absicht gemacht werden, sein Verhalten als das einzig richtige hinzustellen, leitet Cesar die Berechtigung zu seiner Machtstellung ab. Er lehnt in diesen Punkten jede Kritik ab und weigert sich, auf eine Ebene zu begeben, wo Lemprozesse stattfinden können, nämlich auf der Ebene der Diskussion von Ursachen und Lösungsmöglichkeiten.

Dieses Verhalten zielt eindeutig darauf hin, gewaltsam die Entstehung eines Kollektivs zu verhindern. Das bedeutet auch, zu verhindern, das durch entsprechende Organisation der Arbeit im Laden den Beteiligten die Möglichkeit eröffnet wird, in Basis- oder Projektgruppen mitzuarbeiten und dadurch ihren politischen Lemprozeß weiterzuführen.

"Folgerungen für das Arbeitskollektiv:

Unter diesen Umständen ist für die Mehrheit des Arbeitskollektivs eine weitere Zusammenarbeit unmöglich. Entweder, Cesar nimmt unsere Forderung an

- a) kein Unterschied zwischen juristischer Funktion (Geschäftsführer der GmbH) und den Genossen, die im Laden arbeiten
 - b) keine Privilegien auf Grund längere Mitarbeit im Laden
 - c) Anerkennung des Mehrheitsbeschlusses der Kollektivmitglieder auf allen Ebenen (politisch, finanziell, arbeitszeitmäßig)
- oder wir sind nicht mehr bereit, eine weitere Mitarbeit zu akzeptieren" (3)

In den letzten Wochen seit der Rückkehr Cesars ist deutlich geworden, daß die Spartakus-Leute es nicht allein schaffen, diese Auseinandersetzung so zu lösen, daß der Laden nicht dabei platzt geht. Dieses Problem geht nicht all ein die Genossen im Spartakus an, sondern alle Gruppen, deren Arbeit durch die Existenz des Ladens unterstützt wird. Am Montag in der Vollversammlung der universitären Basisgruppen soll darüber diskutiert werden.

GEGEN DEN SYNDIKALISMUS IN DER EIGENEN ORGANISATION - FÜR EINEN POLITISCHEN SDS

(Nachdruck zur VDS-Diskussion aus dem SC-Info Frankfurt Nr. 15u. 17)

"Es erscheint nur konsequent, nach der Zerschlagung des SDS erst recht den VDS zu zerschlagen. Weil das so erscheint, wollen wir dieser Sorte von Konsequenzen und Zerschlagung der Klarheit halber auf die Finger sehen."

Die prinzipiell richtige Absicht der Heidelberger Genossen, die Entscheidung einer zentralen Instanz zu kritisieren, geht schon in ihrer Formulierung von schiefen Voraussetzungen aus: als sei- und als täte das der BV: die antiautoritäre Zerstörung von formalisierter SDS-Organisationsstruktur wie sie auf beiden DKs im Herbst 68 in Frankfurt und Hannover sich dargestellt hatte (Emanzipationsdebatte), gleichzusetzen mit der bewußten Liquidierung der Institution VDS.

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Heidelberger (und nicht nur sie) sind gegen beides; sie haben mit Unbehagen den Emanzipationsdebatten zugehört und meinen ganz entschieden:

"Am Ende erwies sich weniger die Unmöglichkeit, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, als die Unfähigkeit des SDS, diese Aufgabe zu bewältigen."

Weil die Heidelberger die emanzipatorischen Aufstände gegen die verdinglichte Organisation nicht begriffen haben, können sie noch jetzt der Auffassung sein, der VDS hätte sich "revolutionär instrumentalisieren" lassen; wenn der BV "sich über die Bedingungen seines Handelns mehr

Rechenschaft abgelegt" hätte, wenn sich einige BV-Mitglieder nicht "allzu keck aus dem mütterlichen Schoß der Bewegung hervorgewagt" hätten, wenn die Heidelberger Kritik nicht ungehört zur "nachträglichen Akklamation und Nörgerei" verkommen wäre.

Die sicher nicht bewußte Gleichsetzung von Zerschlagung des SDS und des VDS macht zunächst einmal eine Kritik an der Erklärung zur "Liquidierung des VDS" notwendig. Tatsächlich ist die dort formulierte Selbstkritik nicht radikal genug ausgefallen, insofern immer noch zwei Dinge durcheinandergemischt werden: die Taktik gegenüber einer vagen Clique von liberalen Funktionären (da unsere Selbstkritik gar nichts angeht) und die notwendige radikale Kritik gegenüber den Mitgliedern des SDS. Da beides noch durcheinandergemischt, konnte beides nicht mit der notwendigen Schärfe formuliert werden. Zwei Erklärungen wären notwendig gewesen, wobei der Inhalt der taktischen dahingestellt sein mag; die zweite hätte allenfalls zum Ausgangspunkt des Institut VDS haben dürfen, denn es hätte sich sehr schnell gezeigt, daß die VDS-Politik zum -vielleicht sehr subjektiv für den BV- nur vordergründigen Anlaß für weitertreibende Erkenntnischancen in Bezug auf den Zustand der eigenen Bewegung geworden wäre:

Die VDS-Politik hat lediglich Symptome eines allgemeinen Zustandes aufgezeigt, in dem sich der SDS und die im Verlauf seiner antiautoritären Geschichte entstandenen Organisationsformen befinden. Jedes dieser

Symptome ist interessant nur insofern es sich auf die Bewegung bezieht und nicht abgelöst von ihr im bloßen Kontext des reaktionären Instituts VDS.

Das haben die Heidelberger zwar zum Teil erkannt, aber diese Erkenntnis läßt sie allenfalls einige Symptome angehen, aber nicht die eigentlichen Ursachen des Dilemmas: nicht der VDS ist syndikalistisch (er ist reaktionär), sondern unsere eigenen Organisationsformen und deren politisch-praktischen Inhalte haben undurchschauten und unbewußten syndikalistischen Charakter. Nicht die Unfähigkeit des SDS, den VDS revolutionär zu instrumentalisieren, ist primär zu kritisieren, sondern unsere eigenen Handlungs- und Bewußtseinsstrukturen, bezogen auf ein praktisches und historisches Selbstverständnis der eigenen revolutionären Ansprüche wie auch auf die Möglichkeiten revolutionärer Politik gegen die Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spätkapitalismus.

In diesem Zusammenhang hat der BV viel schwerwiegende Fehler (vielmehr Unterlassungsünden) begangen, die sich allerdings nicht so leicht beseitigen lassen wie die Fehler der VDS-Politik. Den VDS muß man nur liquidieren, -er ist so reaktionär, daß dieser Akt schon in sich einen Sinn hätte, auch ohne das ganze bürgerliche Legitimationsgesüßel und Brimborium vorher und nachher; der SDS hingegen muß inhaltlich und organisatorisch vorangetrieben werden - mit allen Mitteln der Selbstkritik und der Selbstverständigung über die Voraussetzungen revolutionärer Politik im Spätkapitalismus.

Die Heidelberger erledigen dieses Problem auf elegante Art und Weise mit den Mitteln traditioneller Politologie: "Nun, nachdem oft genug emphatisch die Zerschlagung des SDS propagiert wurde, wird es langsam Zeit, sich zu überlegen, ob nicht auch dessen bürokratischer Übermaß, der BV, wenn nicht zerschlagen, so doch zu den historischen Akten gelegt werden soll..."

Nachdem mit dem VDS die letzte Institution liquidiert wird, zu der wir uns als Organisation hätten zentral verhalten müssen... können wir auf den BV solange verzichten, bis es den jeweils lokal arbeitenden Kadern gelingt, in den verschiedenen Gruppen ein Bewußtsein zu entwickeln, daß nicht nur die Notwendigkeit einer zentralen nationalen Organisation einsieht, sondern diese auch einsetzen kann, statt von ihr ständig vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden."

Die Heidelberger sind vorsichtig, sie wollen auf keinen Fall die Zerschlagung propagieren, wie es der gesamte antiautoritäre Sumpf seit über einem Jahr tut, und es sind doch mit dem "zu den historischen Akten legen" der exemplarischste Ausdruck für die antiautoritäre Flucht in die formalisierte Organisation. Bei den Heidelbergern wird der VDS zur historischen Chance hochstilisiert, an der die Bewegung aus der dezentralen Praxis den Sprung in die Zentralisation schafft. Man sollte nur auf den BV verzichten, dann kann die Einsicht in die Notwendigkeit der zentralen Partei in den Gruppen Fuß fassen. Die Heidelberger sagen kein Wort dazu, an welchen Inhalten sich denn das Bewußtsein der lokalen Kader ausbilden soll, wie denn die Einsicht in die Notwendigkeit in der tatsächlichen Organisation Wirklichkeit werden soll und welche historischen Bedingungen für eine solche Realisierung die Bewegung mitbringt. Nicht, daß sie darüber keine bündige Auskunft geben, ist den Heidelbergern anzukreiden, sondern die ungeheuer barriere Verkürzung des Problems, die der "Basis" vormachen wollen, alle ihre Probleme seien durch die Ausschaltung einer verselbständigten Zentralisierung zu lösen. Dieser Kurzschluß legt den Verdacht nahe, daß die Heidelberger das Dilemma der Bewegung auf die Zentralinstanz abwälzen wollen.

m. Steffen

GEGEN DEN SYNDIKALISMUS IN DER EIGENEN ORGANISATION
FÜR EINEN POLITISCHEN SDS — Fortsetzung

Schon war 's; dann brauchte man nur neue Leute an der Spitze und, schon wäre alles im Lot; am besten noch schaffen wir die ganze Spitze ab und warten ein bißchen, und die Gruppen werden schon dahinter kommen und irgendwann die Notwendigkeit einsehen.

"Die antiautoritäre Bewegung ist besonders leicht gefährdet, bürokratische Organisationsformen hervorzubringen, weil sie bis jetzt keine transparenten und einigermaßen festen Organisationsstrukturen hervorgebracht hat."

Dies ist wohl der richtigste und erkenntnisreichste Satz, den die Heidelberger in dem ganzen Epos geschrieben haben, aber er muß anders weitergeführt werden, als es dann von ihnen getan wird: sie fallen zurück in den alten Kurzschluß.

"Selbstkritik kann nicht heißen, die Scheiße, die man angerichtet hat, mit dem Mäntelchen der historischen Notwendigkeit zuzudecken."

Das hat ein Richtiges. Aber Kritik darf nicht bei solchen Sätzen enden, sondern muß damit beginnen, die angerichtete Scheiße ein bißchen breit zutreten, damit deutlich wird, aus welchem unverdaulichen Zeug sie besteht: das genau hat die VDS-Erklärung versucht.

Was hat also die falsch formalisierten und bürokratischen Organisationsformen hervorgebracht? Auf welchem Bewußtseinshintergrund konnten die vorschnellen organisatorischen Entscheidungen der ML-Genossen überhaupt gedeihen? Woher hoffen die Heidelberger darauf, daß es den jeweils lokal arbeitenden Gruppen gelingt, ein Bewußtsein zu entwickeln, daß die Notwendigkeit einer nationalen zentralen Organisation eintritt?

"Darum gewinnt die Erkenntnis von der bedeutsamen Rolle nicht proletarischer Schichten in der Revolution, von ihrem nicht rein proletarischen Charakter eine so entscheidende Bedeutung."

"Die Bewegung dieser Zwischenschichten ist wirklich spontan und nur spontan. Sie sind wirklich bloße Früchte von sich blind naturgesetzlich auswirkenden gesellschaftlichen Naturmächten; als solche sind sie auch selbst - im gesellschaftlichen Sinne - blind. Da diese Schichten kein auf die Umgestaltung der ganzen Gesellschaft beziehbares und bezogbares Klassenbewußtsein haben; da sie deshalb stets ausschließlich partikuläre Klasseninteressen vertreten, die nicht einmal scheinbar objektive Interessen der Gesamtgesellschaft sind; da ihre objektive Verknüpfung mit dem ganzen nur kausal, d.h. nur von den Verschiebungen des ganzen verursacht, nicht aber auf die Veränderung des Ganzen gerichtet sein kann; da deshalb ihre Richtung auf das Ganze und die idealogische Form, die diese annimmt, einen zufälligen Charakter hat, wenn sie auch in ihrem Entstehen als kausal notwendig begriffen werden kann; ist das sich Auswirken dieser Bewegungen von ihren äußerlichen Gründen bestimmt. Welche Richtung sie schließlich annehmen, ob sie auf weitere Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft ausgehen, ob sie wieder vom Bürgertum ausgenutzt, ob sie nach Ergebnislosigkeit ihrer Anläufe in Passivität versinken usw., ist nicht im inneren Wesen dieser Bewegung selbst vorgezeichnet, sondern hängt weitgehendst vom Verhalten der bewußtseinsfähigen Klassen, von Bourgeoisie und Proletariat ab." (Georg Lukács, "Geschichte und Klassenbewußtsein", Kleine revolutionäre Bibliothek, Berlin, S. 310 f.)

Dieses Zitat formuliert präzise ein seit einiger Zeit verbreitetes Bedürfnis innerhalb der Bewegung, den SDS, den "antiautoritären Sumpf", die Studentenbewegung als solche die "kleinbürgerliche Unverbindlichkeit" zu liquidieren und stattdessen eine zentralisierte, straffe und schlagkräftige Kaderorganisation "aufzubauen". Die Gründung der ML-Organisationen war nur der extremste Ausdruck dieses Bedürfnisses, das sich in fast allen Kaderdiskussionen (Bonn, Köln, Kiel, Heidelberg) niederschlug.

Bisher haben wir immer nur die unhistorische Rigidität, den Disziplinismus, der hinter solchen Liquidierungswünschen steht, kritisiert, aber wir haben niemals die Ursachen dafür in der eigenen Geschichte der Protestbewegung aufgesucht.

Nimmt man Lukács' Beschreibung der nicht proletarischen Bewegungen für dogmatisch wahr, so sind wir tatsächlich auf die Entwicklung des bewußten Proletariats angewiesen, um unserer Bewegung überhaupt eine Richtung zu geben; denn war unser Anspruch auf sozialistische Politik tatsächlich leeres Geschwätz, und das Hinaustreiben der Revolte über die Universität war ein verzweifelter Versuch, sich am eigenen Schopf aus dem kleinbürgerlichen Sumpf zu ziehen.

Dem Entschluß, den SDS zu liquidieren, geht bei den meisten Analysen eine Beschreibung der Studentenrevolte voraus. Zwar werden auch die gesamtgesellschaftlichen Ansprüche bei den Springer-Vietnam- und Notstandsaktionen gewürdigt, aber sie erscheinen als bloße und für die Zukunft folgenlose Verzerrungen, die angedühten Vergangenheit sind, und

nicht mehr vorwärtstreibende Ansprüche auf Realisierung. Zwei Phänomene an der Protestbewegung entziehen sich der verkürzten Beschreibung, sie sei kleinbürgerlich und letztlich in ihrer Richtung allein abhängig von einem revolutionären Proletariat.

Einmal Solidarität mit den Befreiungskriegen der "Dritten Welt", die ihren Anspruch nach auf eine weltgeschichtliche Totalität sich bezog, zum anderen die Aktionen gegen den Springer-Konzern, die auf einen gesamtgesellschaftlichen Manipulationszusammenhang des spätkapitalistischen Herrschaftsapparat in der BRD gerichtet waren.

Weder diese unabhängigen historischen Voraussetzungen dieser Bewegung noch die Tatsache, daß sie an einem bestimmten Punkt über die Hochschule hinausgetrieben wurde, lassen sich unter das Stichwort "kleinbürgerliche Hochschulrevolte" subsumieren.

Zwar waren auch diese beiden Momente von der "Verschiebung des Ganzen" verursacht, aber sie waren auch gleichzeitig "auf die Veränderung des Ganzen gerichtet". Wenn wir diese beiden Momente ausklammern, werden wir tatsächlich niemals Teile eines sich entwickelnden revolutionären Proletariats werden. Diese Bewegung hat also sehr wohl ein "inneres Wesen", das ihr eine bestimmte Richtung vorzeichnet.

Erst hier ist die Frage legitim, wo denn die Ursachen für die sektiererischen und dezisionistischen Organisationsvorstellungen in den theoretischen Voraussetzungen und dem praktischen Vollzug der Revolte liegen; warum ist dieses Totalitätsbewußtsein verloren gegangen oder warum ist es kraft- und wirkungslos in unserem eigenen Bewußtsein und unseren eigenen Organisationsformen geworden?

So notwendig auch das Beharren auf den historischen Voraussetzungen dieser Bewegung ist (denn nur diese Beharrlichkeit kann diese Voraussetzungen transzendieren), so unumgänglich müssen wir unsere Rezeptionsweisen dieser Voraussetzungen, die Verkürzungen und Verdinglichungen, die wir ihnen im Verlauf der Revolte zugefügt haben, aufsuchen; das ist Selbstverständigung im Medium der Kritik.

Es gibt ein durchgängiges Moment von Verkürzungen in der Art, wie wir jeweils unsere eigenen theoretischen Grundlagen von Phase zu Phase abgeschafft und ersetzt haben: die Denunziation. Wir haben die "große Weigerung" Marcuses denunziert, abgeschafft und durch den "aktiven Widerstand" ersetzt, das "Verletzen der spätkapitalistischen Spielregeln" als ungenügend verworfen und uns dem "Kapitalismus muß weg" zugewandt. Um einem Mißverständnis vorzubeugen: es kann nicht kritisiert werden, daß wir mit einer gewissen Notwendigkeit naiv und unbekümmert unsere Parolen geändert haben; sondern es geht um die unhistorische Verachtung gegenüber den alten Parolen. Wir haben den "abstrakten Charakter der Weigerung" zwar zur Kenntnis genommen und die Notwendigkeit erkannt, diese Verweigerung an der "Basis Universität" zu konkretisieren und in jedem einzelnen Fach der bürgerlichen Wissenschaft die Momente der Herrschaft aufzuspüren, aber das bloße Verwerfen der Abstraktheit hat uns gleichzeitig von dem Begriff der Gesamtheit der Erscheinungsformen des Spätkapitalismus die notwendig abstrakt ist, abgeschnitten und uns auf einen verkürzten Konkrektismus innerhalb unserer politischen Arbeit zurückgeworfen und damit den Bezug zur Gesamtwirklichkeit versperrt.

Nur so konnte es geschehen, daß der diese Bewegung konstituierende Begriff des Internationalismus zu einer Sparte, einer arbeitsteiligen Sektion als "Projektbereich Internationalismus" herunterkommen konnte. Im vergangenen Jahr war die Arbeit der BV Ausdruck dieses schlechten arbeitsteiligen Konkrektismus in der Bewegung. Die Entscheidung, die KD zu verschieben, die Selbstkritik an der BV-Politik in der vds-Frage, die Herausgabe des Info als einem zentralen Organ für die Kritik und Dokumentation der arbeitenden Gruppen und die Präzisierung der politischen Vorstellungen des BV sind Schritte zur politischen Neubestimmung zentraler Aufgaben in der Bewegung. Die Vereinheitlichung der Organisation des Kampfes kann nicht durch den BV vorweggenommen werden. In einer Situation, in der es in der BRD keine entwickelten Klassenkämpfe gibt, in der die Funktion einer intellektuellenbewegung in diesem Zusammenhang nicht geklärt ist, muß im Mittelpunkt der theoretischen und praktischen Arbeit des BV die Provokation einer massenhaften Diskussion über dieses Problem stehen. Nur so kann der BV im Prozeß der Organisationsfunktionen gewinnen, die seine gegenwärtige technische Bedeutung transzendieren.

Bundesvorstand - Frankfurt, den 16.10.69

ZU DEN EREIGNISSEN IN DER BIOLOGIE

In der Biologie hat sich in den letzten Jahren eine Entwicklung gezeigt, wie wir sie in anderen Studienfächern schon lange beobachten konnten (Medizin, Zahnmedizin, Pharmazie, Chemie) nämlich ein akuter Mangel an Arbeitsplätzen und Ausbildungskräften. Diesen Mangel versuchte die Staatsbürokratie jedoch nicht abzuheften durch eine langfristige Planung -- das zeigt sich z.B. an dem noch im Bau befindlichen Neubau der Zoologie, dessen Ausmaße schon zur Zeit seiner Planung nicht den bestehenden Anforderungen gerecht wurde.

Gegen diese restriktive Wissenschaftsplanung der Behörde vermochten weder der Einspruch der Professoren noch der Studenten etwas auszurichten.

Bezeichnend für die Politik des Hamburger Senats war schon damals seine Abneigung gegen die Mitsprache der Universitätsangehörigen bei der Planung.

Die Politik der Studentenschaft (Fachschaftsrat) der Biologen verharrete jedoch starr auf der immanenten Forderung nach Erweiterung der gebundenen Mittel. Dementsprechend konnte der Senat den Systematischen Aufbau des Fachbereichs Biologie weiterrücken.

Den Studenten war entgangen, daß die Wissenschaftspolitik in der BRD eine Umorientierung erfahren hatte, deren Folgen zusehends deutlicher wurden. Der steigende Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Fachkräften und technisch hochentwickelten Apparaturen für die Produktion geriet in Widerspruch zur alten Universitätsstruktur, die nicht in genügender Zahl und Zeit rentabel verwertbare Technokraten ausstoßen konnte. Zudem wurde es im Zuge einer Rationalisierung der Produktion nötig, die Produktionsstätten von Wissen zu zentrieren, d.h. in besonderen Großforschungsbereichen zusammenzufassen. Im Zuge dieser Entwicklung, verloren die "privaten" Forschungstätigkeiten der Ordinarien meist an Bedeutung; daher wurden ihre wissenschaftlichen "Spielwiesen" nicht mehr materiell gefördert -- die Aushungerung der unrentablen Universitätswissenschaft begann.

So entwickelt sich jetzt ein Kampf an zwei Fronten: einerseits bekämpfen die Studenten die staatlich forcierte Kapitalisierung der Universität, andererseits ringen die überflüssig gewordenen "Sonntagswissenschaftler" -- die Ordinarien -- um ihr Luxuszweck. Da verwundert es nicht, wenn jetzt die um ihre Existenz bangenden Professoren die "Kampferfahrnen" Studentenschaft vor ihren Karren spannen; nach außen wird die "Einheitsfront" beschworen.

Da insbesondere die Studenten der Naturwissenschaften bisher unpolitisch waren, fielen große Teile der Studentenschaft auf diese Politik der Umarmung herein.

Ein Beispiel für diese Entwicklung konnten wir in diesen Tagen im Fachbereich Biologie beobachten:

23. Sept. 69: Der politische Senat erklärt, daß die 48 Millionen für das geplante Bio-Zentrum im Rahmen der Kostensteigerung für die IGA (die zum großen Teil auf den Gelände des Botanischen Gartens errichtet wird) zurückgestellt werden.

13. Okt. 69: Der Fachschaftsrat im Einvernehmen mit dem Lehrkörper beschließt: "Aussetzung der Lehrveranstaltungen für den gesamten Fachbereich Biologie."

16. Okt. 69: Erstmals wurde, der auf allgemeine Informationsveranstaltung erweitert wurde. Die Studentenschaft erfährt zum ersten Mal öffentlich den Ausfall der Vorlesungen. Die Professoren treten von vornherein als die "Führer des Widerstandes" auf.

20. Okt. 69: Außerordentliche Vollversammlung der Biologen. Die Basisgruppe verteilt ein Paper mit ihrer Stellungnahme zu den Ereignissen und versucht in den folgenden Diskussionen auf die Problematik der Situation hinzuweisen. Der FSR setzt dem keine Information entgegen. Professor Lillend und Unterzeichner des Marburger Manifests und Direktor des Instituts für Hydrobiologie und Fischereiwissenschaft, das im Rahmen des Sonderforschungsbereichs Meeresforschung tätig ist, sah sich gezwungen auf Grund der in dem Paper aufgestellten Forderung jedem Biologiestudenten jegliche Aktensicht zu gewähren.

22. Okt. 69: Ein Versuch von drei Basisgruppenmitgliedern, das Versprechen von Professor Lillend einzulösen, scheiterte an den Bedenken der anwesenden Lehrkörper (z.B. wies man darauf hin, daß die Akten erst gesichtet werden müßten).

23. Okt. 69: Ordentliche Vollversammlung der Biologen. Durch die einleitenden Reden der Professoren -- insbesondere

Lillend -- wurde der Eindruck erweckt, als sei durch die bisherigen Protestmaßnahmen (z.B. eine Informationskundgebung auf der Moorweide, die sich an ca. 100 Personen sowie an in ca. 10 Mannschaftswagen herbeigefah-

rene Polizisten wandte) bereits ein Erfolg in Sicht.

Den Studenten erschien es jetzt nicht mehr nötig weiterführende Maßnahmen zu ergreifen, sondern vielmehr erleichtert beschlossen sie am folgenden Montag den Lehrbetrieb wieder aufzunehmen.

In dieser Situation stießen die Versuche der Basisgruppe, die Entstehung von neuen Illusionen zu verhindern, auf eine Mauer von Vorurteilen und Emotionalität, die viele Studenten und Professoren gleichermaßen gegen sie richteten. Hinter dieser Fassade, unterstützt durch die manipulative Verhandlungsführung, ließ sich jedoch beobachten, daß sich Teile des FSR der Argumentation der Basisgruppe widerwillig anschlossen, der man keine inhaltliche Position entgegenhalten konnte.

Die Provinzpolitik der Biologen kann nur überwunden werden,

- wenn der Stellenwert, die die Biologie für die Interessen der Hochschulen hat, erkannt wird und nach Art und Quellen der Finanzierung aufgezeigt werden,
- wenn das im Zusammenhang gesehen wird mit der Situation z.B. der Mediziner (wo Ärztekammer bestimmt, wie groß der Bedarf an Medizinern ist) Pharmazeuten, etc.,
- wenn also mit den Basisgruppen anderer Fachbereiche zusammen eine weitgehende Analyse erstellt wird,
- wenn die scheinheilige Einheitsfront zwischen Lehrkörper und Studentenschaft aufgerissen wird; denn diese scheinbare Solidarität, die die Studenten integrieren soll in den technokratischen Domestikationsbetrieb der Universität, bevor die Studenten überhaupt ein Problembewußtsein entwickelt haben, wird in dem Moment von den Professoren verraten, wo die studentische Politik über die immanente Forderung nach verbesserten Arbeitsbedingungen für Studenten und Professoren hinausgeht.

Was hier nicht geleistet wurde (und woran letztlich die Politik des FSR scheitert) war, daß grundsätzlich ein Anknüpfen an die vom Staat im Laufe der Entwicklung immer weniger beachteten Interessen der Professorenschaft taktisch ausgenutzt werden kann, um studentische Forderungen vor der Öffentlichkeit zu effektivieren. Der Ausgangspunkt für solch eine Bündnispolitik, die Widersprüche des Systems zu offenbaren, darf aber auf keinen Fall außer Acht gelassen werden. Wird die reformistische Linie der Bündnispartner hinderlich, wenn der Zielgruppe bewußt geworden ist, inwieweit hier die Interessen der Partner divergieren, muß die "Einheitsfront" radikal durchbrochen werden, wobei diese Spaltung wieder agitatorisch verwertbar ist.

(Basisgruppe Biologie)

Schulungspraxis in China

Im Sommer 1964 begann eine Auseinandersetzung an einer Pekinger Parteihochschule über Fragen der Dialektik. Die Ansichten des Philosophie-Dozenten Yang Xian-zhen, ZK-Mitglied und Rektor dieser Schule, über Dialektik waren Gegenstand einer Ideologiekritik, die die Gefährlichkeit der praktischen Konsequenzen seiner Ansichten aufzeigte. Der Kern der Kritik war, daß die Ansichten von Yang Xian-zhen Verschleppung und Leugnung von Widersprüchen in der Praxis führen (vgl. Giovanni Blumer, Die chinesische Kulturrevolution 1965/67 Frankfurt 1968, S. 389 ff.).

Zwar wurde diese Debatte in einigen Zeitungen geführt, ihr Charakter blieb dennoch rein akademisch, d.h. sie hatte keine praktischen Folgen. Die Parteiführung der KPCh erkannte den grundsätzlichen Charakter dieser Auseinandersetzung und initiierte daher eine Kampagne zur praktischen Anwendung des Gesetzes vom Widerspruch, der die Dinge innewohnt, des dialektischen Prinzips "Einstellt sich in zwei" im Gegensatz zum revisi-

nistischen Prinzip "Zwei zu eins vereinigen", des Gesetzes der Umwandlung von Quantität zu Qualität usw.

Die Folge dieser Kampagne war, daß in vielen chinesischen Zeitungen Artikel erschienen, in denen Arbeiter, Bauern und Soldaten über ihre Erfahrungen bei der schöpferischen Anwendung dialektischer Gesetze berichteten, über die Lernprozesse, die sich vollzogen und über ihren Versuch, mit Hilfe von für sie noch ungewohnter Begriffe und Kriterien die Wirklichkeit in den Griff zu bekommen und umzugestalten. Eine Auswahl dieser Artikel erschien 1966 in der Zeitschrift "Philosophische Forschungen" (Zhe-xue yan-jiu) Nr. 2 unter dem Titel "Hundert Beispiele zur Illustration des Gesetzes von der Einheit der Widersprüche". 19 von den Beispielen wurden in der Peking Rundschau Nr. 22/23/24/25/26/1966 abgedruckt. Die restlichen werden zur Zeit vom Übersetzerkollektiv der Basisgruppe Sinologie ins Deutsche übersetzt, und es ist geplant, sie zusammen mit den in der PR abgedruckten Beispielen in einer Broschüre zu veröffentlichen. Nachstehend der Vorabdruck eines Beispiels.

Für das menschliche Denken gilt "Eins teilt sich in zwei"

Im März 1960 trat ich in die Armee ein. Damals war^{en} mein ideologisches Bewußtsein und auch mein Erkenntnisvermögen sehr niedrig. Ich meinte, daß das eigene Denken sehr einfach ist, und daß ich nur fortschrittliche Ideen habe und keine rückständigen. Im ersten Unterricht nach Eintritt in die Armee erklärte der Instrukteur die strahlende Geschichte unserer Kompanie. Wenn wir im revolutionären Schmelzofen die Gedanken gut umgestalten wollen, müssen wir zu revolutionären Kämpfern des Proletariats werden. Damals fand ich zu dieser Rede keinen Zugang. Im Innern dachte ich: ich wuchs in einer armen Bauernfamilie auf, daß, was ich von klein auf mitmachte, war die Schule der neuen Gesellschaft, das, was ich las, waren revolutionäre Bücher, und ich wollte leidenschaftlich das Vaterland verteidigen. Was gab es da noch umzugestalten? Aber die Lage war nicht so einfach, wie in meiner Vorstellung. Es dauerte nicht lange, bis sich im Leben der Kompanie individualistische Ideen äußerten. Ich fühlte, daß ein Infanterist zu werden, hart ist; daß ich nicht vorwärts komme, und daß es nicht so ist wie bei den Pionieren, wo man Technik lernen kann. Deshalb war die Arbeit nicht zufriedenstellend, und die Arbeitsleistung nicht groß. Viele Genossen, die mit mir zu gleicher Zeit in die Kompanie eintraten, wurden ausgezeichnet, ich aber wurde kritisiert. Ich selbst hielt meine Gedanken für fortschrittlich, wieso waren sie auf einmal rückständig? Über dieses Problem dachte ich lange nach, ohne mir darüber klar zu werden. Erst als ich später "Über den Widerspruch" studierte, gewann ich Klarheit. Vorsitzender Mao sagt: "Alle Dinge enthalten Widersprüche. Gibt es keine Widersprüche, so gibt es keine Welt." Nach sorgfältiger Untersuchung, stellte ich fest, daß in meinem Kopf es zwar proletarische Ideen gab, aber auch einige kapitalistische. Der Individualismus und die Ziellosigkeit der Gedanken - das sind die Widerspiegelung kapitalistischer Ideen. Obwohl jetzt in unserem Staat das Ausbeutungssystem vernichtet ist, existieren nach wie vor Klassen und Klassenkampf. Und was den Kampf des Neuen mit dem Alten, des Fortschrittlichen mit dem Rückständigen, des Wahren mit dem Falschen angeht, so währt er ewig. Diese Kämpfe spiegeln sich notwendigerweise in unseren Köpfen. Nur wenn wir das Prinzip "Eins teilt sich in zwei" anwenden, allseitig die eigenen Gedanken betrachten und unaufhörlich den Kampf der Entfaltung der proletarischen Gedanken und den Kampf der Vernichtung der kapitalistischen Gedanken vorantreiben, können wir allmählich die ideologische Revolutionierung verwirklichen.

(Ursprünglich veröffentlicht in der Pekinger Volkszeitung vom 6. März 1965 unter dem Titel: "Mit der Methode "Eins teilt sich in zwei" selbstbewußt die Gedanken verändern", Yang Lian-fu, Gruppenältester in der Roten Neunten Kompanie einer Einheit der VBA)

Anmerkung zum Spartakus : In der nächsten Nummer wird voraussichtlich eine Gegendarstellung der Cesar - Fraktion erscheinen.



Arbeiterkontrolle und Shop Stewards

Bücher für ungelesene ArbeiterInnen auf die Durchsetzung der Sozialistischen Forderungen
1. Walter 2. Barker 3. Medford, 4. Taylor 5. Costa
Herausgegeben von der Basisgruppe Wedding

DKP/AdF
pseudorevolutionärer
Parlamentarismus

FU Projektgruppe DKP
und Bernd Rabe

Ladenpreis ca. 9,-

Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden!

Kommune 2

Ladenpreis ca. 7,-



DER REVOLUTIONÄRE BEFREIUNGSKRIEG in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique

Projektgruppe Afrika im INFI Berlin

Ladenpreis 7,-

Die Organisationsausgabe für Genossen ist im Spartakus für DM 5.50, die defizitär berechnete Ausgabe für Arbeitsgruppen für DM 4.- zu haben.

OBERBAUMPRESSE BERLIN

BIAFRA - Bürgerkrieg der Ölkonzerne

Redaktion: Rosemarie Jacob-Baur

DM 7,20

FIDEL CASTRO, Analyse der Ereignisse in der CSSR (Fernsehrede)

Herausgegeben als Arbeitsheft vom Bundesvorstand des SDS, Vorwort Bernd Rabe

DM 2,50

Andar Cabral 2,90

Die Theorie als Waffe. Der revolutionäre Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien Afrikas. Vorwort und Übersetzung Peter Meyns und Wolfgang Schwedizik

Black Power 3,50

Dokumentation. Reden von Stokely Carmichael, Rap Brown, Malcolm X. Übersetzung. Vorwort Anhang. Herausgabe durch Arbeitskollektiv Baur, Dutschke, Hammar, Hoornweg, Petermann

Parlamentarismuskritik 4,50

Pannekoek, Lukács, Friedländer, Rudas. Vorwort Projektgruppe Rote Berlin

Christel Bookhagen, Eke Hemmer, Jan Raspe, Eberhard Schultz, Marion Stergar

Kommune 2 - Versuch zur Revolutionierung des bürgerlichen Individuums

Die Darstellung stützt sich auf ausführliches authentisches Material: Protokolle, Tonbandaufzeichnungen, Fotos, Filme, Repros, Zeitungsberichte.

ca. 250 Seiten, Ladenpreis ca. DM 9,-

Ab Anfang Oktober im Oberbaumverlag, 1. Berlin 23, Bundesratufer 1, (0311) 390 44 27



Politische Buchhandlung GmbH.

2 Hamburg 13, Schlüterstraße 86, Telefon 41 74 84

Bücher, Zeitschriften, Informationen, Schallplatten

Billige Fahrräder gesucht Tel. 31 28 65

Genosse gesucht, der Waschmaschinen reparieren kann Tel. 31 28 65

Wir nehmen Anzeigen von Genossen zum Selbstkostenpreis an !!!!!

Hiermit bestelle ich APO - PRESS Hamburg zum Abonnement. Den Preis von DM 8.- für ein halbes, bzw. DM 16.- für ein Jahr entrichte ich im voraus auf das Postscheckkonto Hbg. M. Deter 22 9332

NAME

ADRESSE

